



Die Polizei zeigte Präsenz, als sich gestern 60 Schülerinnen und Schüler im St. Galler Kantonsrat für ein Umdenken in der Klimapolitik stark machten.

Bild: Regina Kühne

# Klima erhitzt Kantonsrat

**Umweltpolitik** Transparente und lautstarke Parolen im Ratssaal und ein Schulterchluss zwischen Freisinn und Links-Grün: Die Klimadebatte hat den Kantonsrat erreicht.

**Katharina Brenner, Marcel Elsener, Noemi Heule**  
ostschweiz@tagblatt.ch

Der St. Galler Kantonsratssaal stand gestern Kopf. Die übliche Geschäftigkeit wurde von Buhrufen und lautstarken Parolen gestört. Und: Ein links-grüner Vorstoss zur Klimapolitik wurde von der FDP gutgeheissen. Der Klimastreik hat das politische Parkett erreicht – auf verschiedenen Wegen. Parlamentarier trugen die Debatte mit zwei Standesinitiativen in den Rat, Kantischüler nahmen den Umweg über die Zuschauertribüne.

Die politischen Vorstösse zum Thema stammen beide aus der SP/Grüne-Fraktion und zielen auf den Flugverkehr. Mit einem Standesbegehren fordert die Fraktion den Bund auf, Inlandflüge zu verbieten. 60 Demonstranten wohnten der Debatte bei. Sie füllten den Zuschauerraum sitzend oder stehend bis auf den letzten Platz. Ein Grossteil davon Schülerinnen und Schüler der Kanti am Burggraben. Sie quittierten Voten aus

dem linken Lager mit Applaus, jene von rechts mit Buhrufen. Eine Wortmeldung aus den Reihen der SVP übertönte die Demonstranten mit Sprechgesang und entrollten ein Transparent. Mehrfach forderte Kantonsratspräsidentin Imelda Stadler die Zuschauer auf, sich an die Hausregeln zu halten. Als die Polizei mit Verstärkung anrückte, räumten die Demonstranten unaufgefordert den Saal. Das Standesbegehren war zuvor mit 78 zu 30 Stimmen bei zwei Enthaltungen abgelehnt worden. Mit ihrem frühen Abmarsch verpassten die Schüler den klimapolitischen Erfolg der gestrigen Sitzung.

## FDP-Fraktion macht den Unterschied

Das Standesbegehren zur Besteuerung von Flugtickets in der Höhe der CO<sub>2</sub>-Abgabe wurde nämlich gutgeheissen – mit 54 zu 51 Stimmen bei 2 Enthaltungen. Wie schon zuvor hatte die Regierung Nichteintreten beantragt. SVP und CVP lehnten den Vorstoss ab, weil das Thema bereits auf Bundesebene behandelt wer-

de. Die Grünliberalen waren dafür. Es sei «wirklich sehr stossend und ungerecht», dass der Flugverkehr nach wie vor steuerbevorzugt sei, sagte SP-Kantonsrätin Susanne Schmid. Deutliche, aber keine überraschenden Worte einer linken Politikerin.

Überraschend war die Unterstützung der FDP. Der Schutz des Klimas sei «die Frage unserer Zeit», sagte Parteipräsident Raphael Frei. Er sprach anstelle von Kantonsrätin Susanne Vincenz-Stauffacher. Sie fehlte, weil sie auf einem Podium zur Ständeratswahl auftrat. Die FDP-Kandidatin lässt im Wahlkampf keinen Zweifel daran, dass sie im Ständerat die FDP-Nationalräte «korrigieren» würde. Höhere Flugpreise sind für sie «kein Tabu».

Frei machte sich für die Besteuerung von Flugtickets stark. Die FDP wolle eine Lenkung des Verhaltens über Preisgestaltung und nicht über Verbote. Die Stossrichtung des Standesbegehrens stimme, sei aber nicht «ganzheitlich». Die FDP werde in der Aprilsession einen Vorstoss einreichen, der alle Verkehrsträ-

ger auf Strasse, Schiene und Wasser sowie «Akteure wie die Landwirtschaft» miteinbeziehe.

## FDP St. Gallen folgt der Mutterpartei

«Gössli wirkt», meinte Guido Wick von den Grünen. Die Präsidentin der FDP Schweiz hatte am Wochenende eine grünere Politik gefordert. Der Klimaschutz beschäftigte die St. Galler Partei schon seit einigen Wochen, nicht erst seit Gössis Aussagen, erwidert FDP-Fraktionssekretär Christoph Graf. Sind die St. Galler bereit für einen Kurswechsel? Graf betont die Stossrichtung, Verhaltensänderungen in Gesellschaft und Wirtschaft über Anreize oder Preise, aber nicht über Verbote bewirken zu wollen.

Hitzige Debatten in der Fraktion sind zu erwarten, doch von Flügelkämpfen oder gar einer Zerreihsprobe will man bei der St. Galler FDP nicht sprechen. Selbstverständlich gebe es auch bei der Kantonalpartei «unterschiedliche Positionen» zu den CO<sub>2</sub>-Gesetzen, sagt Graf. Doch die Parteileitung hat das Thema

aufgegleist: Vergangene Woche wurde eine Arbeitsgruppe eingesetzt, ein Ausschuss unter der Leitung des Umweltfreisinnigen Daniel Gerber. Nun müssen Mitglieder aus der Fraktion dazukommen. Fünf FDP-Kantonsrätinnen und Kantonsräte sind per Mitgliedschaft als Umweltfreisinnige angeschrieben: Imelda Stadler, Elisabeth Brunner-Müller, Arno Noger, Thomas Scheitlin und Kantonalparteipräsident Raphael Frei. Bislang kein Mitglied war Ständeratskandidatin Vincenz-Stauffacher.

Die grosse klimapolitische Auseinandersetzung im Kantonsrat wartet mit dem Energiegesetz: Das bürgerliche Lager droht mit Rückweisung, FDP-Vizefraktionschef Walter Locher gehört zu den scharfen Gegnern. Gleichzeitig gehöre er aber zu den Wirtschaftsvertretern, die als Verwaltungsrat mehrerer Firmen die Massnahmen der Wirtschaft zur CO<sub>2</sub>-Reduktion glaubhaft belegen könnten. Die Debatte innerhalb des Freisinns ist erst ange laufen – sie dürfte spannend werden.

## BFDP Thurgau unterstützt Gössis neuen Klimakurs

**Neuorientierung** FDP-Schweiz-Präsidentin Gössi will einen Kurswechsel. In der Bundeshaushaltsfraktion gibt es Widerstand dagegen. Sie zeige Führungsstärke, findet der Thurgauer Kantonalpräsident David H. Bon. Nationalrat Brunner ist bereit, nochmals über die Flugticketabgabe zu diskutieren.

Nach der gescheiterten Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes ist die FDP zur Zielscheibe von Links-Grün geworden. Laut Nationalrat Hansjörg Brunner steht die FDP hinter dem Pariser Klimaabkommen. Um die Ziele zu erreichen, sei eine gewisse Offenheit unumgänglich: «Daher kann ich die Kompromissbereitschaft Petra Gössis durchaus verstehen.» Die FDP habe in der Schlussabstimmung Ja zum totalrevidierten CO<sub>2</sub>-Gesetz gesagt. Laut Brunner müssten jetzt andere sagen, wie eine Mehrheit zu erreichen sei: «Ganz widersprüchlich ist die SP, sie hat das Gesetz versenkt und wirft jetzt der FDP vor, wir hätten zu wenig für das Gesetz gemacht.» Auch Brunner stimmte gegen die Flugticketabgabe. Nun schreibt er: «Wenn sich jetzt alle Fraktionen bewegen, kann man über diesen Punkt bestimmt noch einmal diskutieren.»

David H. Bon begrüsst die angekündigte Umfrage zur Umweltpolitik: «Das ist ein Thema, das die Basis beschäftigt.» Sie werde zeigen, dass sich FDP-Mitglieder aus Tradition für Natur- und Umweltschutz engagieren. Der Schwerpunkt liege beim privaten Engagement. Wobei man auch auf liberaler Seite manchmal «eine gezielte und begrenzte Besteuerung» für notwendig halte. «Frau Gössi zeigt Leadership», fügt Bon an. Dass sich Parteipräsidentin und Vizepräsident öffentlich streiten, bezeichnet er als «unglücklich». Für die Flugticketabgabe sei die Bundeshaushaltsfraktion zuständig. «Fliegen ist viel zu günstig; ich verstehe, wenn man da eingreifen will.» Bon spricht sich dafür aus, den CO<sub>2</sub>-Ausstoss «massiv zu verringern». Er benütze oft den Zug und wundere sich, dass der Beginn von Sitzungen häufig nicht auf den öffentlichen Verkehr abgestimmt werde.

Wie Brunner betont die Uttwiler FDP-Kantonsrätin Brigitte Kaufmann, die FDP habe dem CO<sub>2</sub>-Gesetz zugestimmt. Im Thurgau sei die FDP in der Umweltpolitik gut unterwegs. Alt-Regierungsrat Kaspar Schläpfer habe den Anstoss gegeben. (wu)

## Streit um Hundesteuer hält an

**Haustiere** Die Ratsdebatte über das neue St. Galler Hundegesetz ist verschoben. Dennoch spitzt sich die Auseinandersetzung weiter zu.

Den Letzten beißen die Hunde: Aus Zeitmangel hat das St. Galler Kantonsparlament gestern die Debatte über das neue Hundegesetz verschoben – die Vorlage kommt erst in der nächsten Session an die Reihe. Jedoch haben die Fraktionen inzwischen klar Position bezogen. Zentraler Streitpunkt ist die Hundesteuer (Ausgabe vom Donnerstag). Sie wird von den Gemeinden definiert, der Kanton gibt lediglich

einen Rahmen vor. Bisher waren es 60 bis 120 Franken pro Hund und Jahr, neu sieht die Regierung 80 bis 200 Franken vor.

Weil der Kanton neue Aufgaben übernimmt, etwa die Abklärung von Beissvorfällen, soll er einen Teil der Steuer erhalten. Die Regierung will dafür maximal 30 Franken. Die Vorberatende Kommission hingegen will diesen Anteil komplett streichen, nicht aber die neuen Aufgaben des Kan-

tons. Falls dieser Antrag scheitert, will die FDP den Kantonsanteil auf 10 Franken reduzieren. Auch aus Sicht der CVP-GLP-Fraktion sind 30 Franken zu viel: Sie fordert ebenfalls 10 Franken. Beide Fraktionen plädieren dafür, bei Vorfällen mit Hunden primär die betreffenden Hundehalter zur Kasse zu bitten. Die SP folgt dem Vorschlag der Regierung. Die SVP lehnt die Steuererhöhung grundsätzlich ab. (av)

## Bahnbrief an den Ständerat

**Verkehr** Das Kantonsparlament schickt eine Erklärung nach Bern: Verlangt werden bessere Bahnanschlüsse in St. Gallen.

Wenn es um Bahnausbauten geht, ist sich das St. Galler Kantonsparlament einig wie sonst selten: Sämtliche vier Fraktionen reichten im vergangenen Sommer gemeinsam eine Interpellation ein, die in St. Gallen schlankere Anschlüsse in Richtung Rheintal-Chur fordert. Dieser sogenannte Vollknoten sei mit dem Bahn-Ausbau schritt 2035 zu realisieren. Gestern doppelte das Kantonsparlament nach: Die vier

Fraktionen verabschiedeten ohne Gegenstimme eine Erklärung zuhanden des Bundesparlaments. Sie richtet sich primär an den Ständerat, der sich in der Märzsession mit dem Ausbauschritt 2035 beschäftigen wird.

Der Tenor im Kantonsrat: Verkürzte Fahrzeiten ab Zürich in Richtung Osten dürften nicht nur bis Winterthur wirken, sondern müssten bis nach St. Gallen und weiter in Richtung München,

Vorarlberg und Rheintal Verbesserungen zur Folge haben. Den Brüttener Tunnel, ein Grossprojekt zwischen Zürich und Winterthur, unterstützt das Kantonsparlament nur unter dieser Bedingung. Auch kritisieren die Fraktionen, dass die Kredite der vergangenen Bahnausbauprogramme nicht ausgeschöpft worden seien. Dieses Geld sei auf der Achse Winterthur-St. Margrethen einzusetzen. (av)